

Dr. Sascha Liebermann

Freiheit oder Vollbeschäftigung?

Wie wollen wir leben?

Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen – diese Äußerungen hört man in der Politik mittlerweile in der einen oder anderen Formulierung in fast jeder Partei. Es darf keine »Faulen« mehr geben. Die Frage ist, was ist denn »faul«? Und warum ist jemand »faul«? Ist es sinnvoll, einer nicht sinnvollen Tätigkeit nachzugehen? Wie viel von dem, was wir heute als normal erfahren, kann anders gedacht und erfahren werden? An der Idee des Bedingungslosen Grundeinkommens scheiden sich die Geister – wir stellen die Idee und ihre Hintergründe vor.



TATTVA VIVEKA: Warum brauchen wir ein Bedingungsloses Grundeinkommen?

LIEBERMANN: Ich möchte vorabschicken, worüber wir – die Initiative Freiheit statt Vollbeschäftigung – reden, wenn es um ein BG geht. Wir meinen damit eines von der Wiege bis zur Bahre, für jeden Staatsbürger, Erwachsene wie Kinder gleichermaßen. Es sollte so hoch sein, dass man davon leben und am gemeinschaftlich-kulturellen Leben teilnehmen kann. Wie hoch es tatsächlich sein wird, das ist Ausdruck dessen, was die Bürger einander zugestehen wollen. Es ist also eine genuin politische Entscheidung darüber, welche Freiräume wir uns einander eröffnen wollen. Das bGE soll nicht mit anderen Einkommen verrechnet werden, also auch nicht nach dem vergleichsweise liberalen

Prinzip der Negativen Einkommensteuer organisiert sein. Ein bGE, das die Bürger zu jeder Zeit erhalten, sozusagen im Voraus und nicht als Steuergutschrift im Nachhinein erkennt erst die Bürger als Bürger an.

Wir leben politisch gesehen in einer freiheitlich demokratischen Ordnung, das können wir nur, weil die Bürger das auch wollen und bereit sind, diese Ordnung zu tragen. In der bedingungslosen Gewährung der Bürgerrechte kommt dies deutlich zum Ausdruck. Wenn wir also schon in einer Ordnung leben, die auf die Selbstbestimmung des Einzelnen setzt, ihm zu erst einmal Freiheit zumutet und abverlangt, Entscheidungen zu treffen, einer Ordnung also, die wie selbstverständlich davon ausgeht, dass er etwas zum Gemeinwohl beitragen will, dann ist ein bedingungsloses Grundeinkommen nichts Großartiges – es ist die Konsequenz daraus,

die Voraussetzungen, auf denen wir heute leben, in unser Bewusstsein zu heben. Es handelt sich also um eine konsequente Fortentwicklung des Sozialstaats, nicht mehr, aber auch nicht weniger. Konsequenz ist es aber auch, weil es Antworten auf Problemlagen gibt, die die Grundfesten unserer Ordnung erschüttern. Zwischen der aktivierenden Sozialpolitik der letzten Jahre und den freiheitlichen Voraussetzungen besteht ja ein gewaltiger Widerspruch, den nicht einmal die sogenannten Liberalen in unserem Land, die FDP, kritisieren. Ich nenne hier nur folgende Phänomene: Verschärfung der Bedingungen unter denen man Transferleistungen erhält; Verschärfung der Ausrichtung des Gemeinwesens an Erwerbstätigkeit – bis in die frühkindliche Erziehung hinein reicht das; Umgestaltung des Bildungswesens sogar in den Universitäten



Es kann nicht alles so weiterlaufen wie bisher, wenn wir die Bürger als Fundament des Gemeinwesens ernst nehmen wollen.



© www.pixio.de

darauf, für den Arbeitsmarkt vorzubereiten; sogar Aufrufe für eine Kindergrundsicherung wie der von »Kinder brauchen mehr!« (www.kinderarmut-hat-folgen.de) argumentieren mit ökonomischem Nutzen. Im Bundestagswahlkampf sind sich wieder einmal die großen Parteien darin einig, dass die so genannten Faulen bekämpft werden müssen, es für sie keine staatliche Alimentierung geben dürfe (so Guido Westerwelle). Diese Entwicklung steht im Widerspruch zum Geist der Freiheit, der unsere politische Ordnung prägt, das bGE ist die zeitgemäße Antwort auf die Herausforderungen der Gegenwart.

TV: Wie kamen Sie zu dieser Idee?

LIEBERMANN: Ich bin während der Arbeit an meiner Dissertation auf das Thema Grundeinkommen gestoßen, entscheidende Hinweise gab mein Doktorvater Ulrich Oevermann. Das waren aber vor allem Stichworte, keine detaillierte Auseinandersetzung mit der Idee und schon gar nicht mit den Veröffentlichungen, die es schon gab. Während meiner Tätigkeit an der Universität Dortmund beschäftigten wir – Kollegen an den Universitäten Frankfurt und Dortmund – uns akademisch mit Fragen zum Wandel der Arbeitswelt, Kulturen der Leistungsethik, Prozessen der Bildung

Das bGE ist die konsequente Fortentwicklung des Sozialstaats, nicht mehr, aber auch nicht weniger.

von Autonomie und Bewährung im Leben. Es ging dabei lediglich um Forschung, wenngleich das Interesse an der Grundeinkommensidee schon deutlich war. Erst im Laufe des Jahres 2002 aber kam die Frage auf, wie nun eine weitere Beschäftigung mit dem Thema aussehen könnte: Sollen wir uns weiter akademischen Fragen widmen oder wäre öffentliches Engagement der Weg, um die Idee weiterzubringen. Es war klar, dass es keiner neuen akademischen Vereine bedurfte, um ersteres zu tun, denn es gab damals schon das Basic Income European (heute Earth) Network. Außerdem wurde in Deutschland immer deutlicher, wie sehr eine verschärfte Ausrichtung an einer erwerbszentrierten Sozialpolitik im Gange war. Bundeskanzler Schröder hat mit seiner Äußerung, es gebe kein Recht auf Faulheit, den Weg gewiesen.

Die Gruppe von Kollegen war sich nicht darin einig, wie weiter vorzugehen wäre, und in der Diskussion wurde deutlich, dass die einen sich eher weiter akademisch damit beschäftigen, die anderen aber in der

Öffentlichkeit wirken wollten. Darüber teilte sich die Gruppe, aus dem einen Teil wurde die Initiative Freiheit statt Vollbeschäftigung. Wir spürten eine Verpflichtung, die Argumente nun einzubringen, um über andere Wege zu diskutieren, als die, die besprochen wurden. Im Laufe des Jahres 2003 verfassten wir die Thesen, die noch heute auf der Eingangsseite unserer Website stehen. Dort stellten wir weitere Texte zur Vertiefung des Themas ein, veröffentlichten Termine und wiesen auf interessante Websites hin. Dieselben Thesen ließen wir dann auf ein Plakat drucken und im Dezember 2003 in Frankfurter U-Bahnstationen aufhängen – finanziert aus Spenden. Die Resonanz war ganz erstaunlich. So nahm die Debatte ihren Anfang. Außer uns gab es damals meines Wissens keine Initiative, die öffentlich für die Idee eintrat. Im Sommer 2004 gründete sich dann das Netzwerk Grundeinkommen, indem einige Befürworter Mitglied sind.

TV: Aus welchen Gründen könnte das bGE scheitern?

LIEBERMANN: Sollte über eine Einführung ernsthaft diskutiert werden, das ist ja das Ziel der öffentlichen Diskussion und Auseinandersetzung um die Idee, dann könnte ein Scheitern nur darin bestehen, dass die Bürger es doch nicht wollen. Ich würde das aber nicht als Scheitern bezeichnen, sondern als Ausdruck des politischen Willens. Es gibt ja keinen Grund, ein bGE wollen zu müssen. Wir wollen es oder wir wollen es nicht. Es gibt noch eine andere Dimension des Scheiterns, die auch manchmal mit dieser Frage verbunden wird, und zwar die, dass womöglich nicht alles einfach so weiterläuft wie bisher. In der Tat, das bGE – schon die Diskussion darüber tut das – stellt überkommene Routinen und Wertvorstellungen in Frage. Das Alte, die Routinen also, würden am Neuen, den Möglichkeiten durch das bGE, scheitern, ein wahrlich innovativer Vorgang. Neues kann nur entstehen, wenn Altes aufgegeben wird, das wäre mit einem

bGE auch der Fall. Es kann also gar nicht alles so weiterlaufen wie bisher, wenn wir die Bürger als Fundament des Gemeinwezens ernst nehmen wollen. Scheitern ist notwendig, um Neues zu schaffen.

TV: Viele begegnen der Idee eines Grundeinkommens mit dem Kommentar: »Ist doch eh eine Utopie. Das ist nicht möglich.« Was sagen Sie dazu? Begegnet Ihnen diese Einstellung auch oft?

LIEBERMANN: Ohne Utopien keine Zukunft, wir kämen über die Gegenwart nicht hinaus. Utopien beginnen ja nicht erst bei großen Gesellschaftsentwürfen, sondern im Alltag, wenn ich mich frage, wie mein Leben denn auch sein könnte. Wenn wir über Möglichkeiten des Andersseins, über ein anderes Lebens nachdenken, dann denken wir utopisch. Gäbe es etwa die Demokratie ohne die Utopie von Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit? Wenn der Reflex, das sei doch nur utopisch, sich gegen große Versprechen richtet, wie es manche Gesellschaftsentwürfe an sich hatten, die die Versprechen nicht einlösen konnten, dann ist dieser Reflex gut zu verstehen. Wer das Dritte Reich oder die DDR erlebt hat, muss eine gewisse Skepsis gegenüber großen Entwürfen haben. Viele dieser Entwürfe hatten eine genaue Vorstellung, wie die Menschen nach den Entwürfen gemodelt werden sollten, und nicht die Entwürfe nach dem, was den Menschen gemäß ist, was sie wollen. Nun ist das bGE aber kein großer Entwurf, es definiert keine Inhalte und Lebensformen, die wir nicht heute schon ermöglichen. Es radikalisiert sie lediglich, es will Möglichkeiten dazu schaffen, dass vielfältigere Lebensentwürfe entstehen können, ohne dass sie entstehen müssen. Darin unterscheidet sich das bGE grundsätzlich von Vorschlägen, die inhaltliche Ziele definieren, die bestimmen, wo sie die Menschen hin haben wollen.

TV: Wie könnte das bGE die Gesellschaft verändern?

LIEBERMANN: Es verändert sie schon. Es mag romantisch klingen, tatsächlich aber hat die Macht des Arguments es vermocht, die bGE-Diskussion dahin zu bringen, wo sie heute steht. Die Befürworter haben nicht mehr als Argumente. Weder stehen hinter ihnen große Interessenver-

bände, die Millionen in Marketing investieren wie bei der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft oder bei Gewerkschaften, noch haben die Parteien die öffentliche Auseinandersetzung damals gefördert. Es war ja vielmehr umgekehrt. Die bis vor drei Jahren von wenigen Aktivisten getragene Diskussion hat Parteien und Interessenverbände indirekt, durch ihr beharrliches Engagement, unter Druck gesetzt, sich der Sache anzunehmen. Ministerpräsident Althaus (CDU) trat mit seinem Vor-

schaften Stellung bezogen, der Sachverständigenrat bei der Bundesregierung im Jahresgutachten 2007 auf das Grundeinkommen zu sprechen kam. Das ist doch ganz erstaunlich, wenn man bedenkt, wie sehr der Vorschlag im Gegensatz zur verschärften Sozialpolitik steht. Offenbar aber spüren die Bürger, dass es so nicht weitergehen kann, dass es unserer politischen Ordnung auch nicht entspricht, die Bürger derart für unmündig zu erklären.

Wenn sie dem Vorschlag einmal begeg-

Arbeitsplätze würden dort sein, wo sich jemand engagiert.

schlag eines Solidarischen Bürgergeldes, das kein bedingungsloses Grundeinkommen im strengen Sinne ist, im Sommer 2006 an die Öffentlichkeit. Zu diesem Zeitpunkt waren wir schon beinahe drei Jahre aktiv, Götz Werner seit eineinhalb Jahren ungefähr. Es war Anfang 2006, als sich einige Initiativen gründeten, obgleich es bis vor zwei Jahren nur wenige blieben. Erst im Sommer 2008 existierten erstmals um die 40 lokale Initiativen.

Entscheidend war und ist also die Macht des Arguments. Sie hat es vermocht, dass Parteien, Interessenverbände und Gewerk-

net sind, wenn sie an einer Veranstaltung teilgenommen haben, dann gehen sie dort nicht mehr so raus, wie sie hineingegangen sind. Sie müssen sich den präzisen und meist sachlichen, durch konkrete Beispiele gesättigten Argumenten stellen. Wer das bGE abwehrt, hat es schon an sich heran gelassen. Das hat eine ungeheure Wirkung, denn bevor wir es einführen, hat alleine die Diskussion viel in Bewegung gebracht, sie wirkt schon befreiend, sie wissen damit, wofür es sich zu kämpfen lohnt.

TV: Was für eine Gesellschaft brauchen wir



Diskussion mit dem Autor nach einem Vortrag im Unternehmen Mitte, Basel



© www.pixelio.de

in Zukunft, um z.B. die Umweltzerstörung zu verhindern?

LIEBERMANN: Die Stoßrichtung der Frage klingt ein wenig fundamentalistisch, so, als ließe sich eine gewünschte Gesellschaft manipulativ herstellen, als könnte es eine andere geben als die, die wir haben. Und die, die wir haben, bietet doch alle Möglichkeiten, sich für Veränderungen einzusetzen, die Grundeinkommensdiskussion beweist das. Wenn wir also Ressourcen schonender wirtschaften wollen, dann müssen wir uns fragen, wie wir dahin gelangen können, ohne die Freiheit der Bürger in Frage zu stellen. Sie ist ja nicht die Freiheit dazu, zu machen, was ich will, sie hat ihre Grenzen dort, wo sie die Gemeinschaft schädigt. Das bGE würde einen mittelbaren Beitrag leisten. Indem es die Frage nach der Freiheit ins Zentrum rückt, stellt sie auch die Frage, wie diese Freiheit für zukünftige Generationen erhalten werden kann. Die Gleichstellung jeglicher Form von Engagement oder Tätigkeit dadurch, dass das bGE jedem Bürger von der Wiege bis zur Bahre gezahlt wird, Erwerbstätigkeit also nicht mehr den herausragenden Beitrag zum Gemeinwohl darstellt, wertet unsere Vorstellungen um. In der Diskussion um ein bGE geht es ja letztlich darum, wie wir leben wollen, ohne irgendjemanden umzuerziehen. In der An-

Die Probleme, von denen behauptet wird, sie entstehen erst mit dem bGE, haben wir längst.

erkennung seiner Interessen und Neigungen müssen wir um einen Kompromiss ringen, der für alle tragbar ist. So ohne weiteres ist auch nicht zu sagen, was gut für die Bewahrung der Ökosphäre ist. Sie erinnern sich an die heftige öffentliche Debatte darum, was mit alten Ölplattformen getan werden soll, an Land demontieren oder in den Tiefen des Meeres versenken. Damals hielten die meisten es für unerhört, die Plattform Brent Spar zu versenken, obwohl es meines Wissens Stellungnahmen von Meeresbiologen gab, die auf die Zersetzung der Ölreste durch Mikroorganismen in großer Meerestiefe hinwiesen. Eine Entsorgung an Land wurde favorisiert, heute wissen wir, wie viel fragwürdiger das ist, als damals behauptet wurde.

TV: Könnte das bGE zu einer Abspaltung von Gesellschaftsgruppen führen, z.B. Ausländern?

LIEBERMANN: Ausländer, wenn damit Menschen gemeint sind, die in Deutschland leben, aber nicht die deutsche Staatsbürgerschaft haben, haben schon heute

einen anderen Status als Staatsbürger. Letztere haben aktive und passive Rechte im Gemeinwesen, sie sind verpflichtet, sich für das Wohlergehen des Gemeinwesens einzusetzen. All das gilt für Bürger anderer Staaten, die bei uns leben, nicht. Das ist ein wesentlicher Unterschied. Wer aber dauerhaft hier lebt oder über eine entsprechende Aufenthaltserlaubnis verfügt, hat seinen Lebensmittelpunkt nach Deutschland verlegt und hat Anspruch auf Sozialleistungen. In Anlehnung an diese Regelungen, könnten wir mit dem bGE verfahren. Staatsbürger erhalten es in jedem Fall, Personen mit dauerhafter Aufenthaltserlaubnis ebenso. Es wäre zu überlegen, ob in der Höhe ein Unterschied gemacht werden sollte. Da sind wir unentschieden. Wünschenswert ist es allemal, dass Menschen, die dauerhaft bei uns leben, auch die Staatsbürgerschaft erwerben, um ebenso mitzuwirken an der Gestaltung unseres Gemeinwesens. Manchmal heißt es ja, al-

leine der Umstand, dass Steuern gezahlt werden, reiche dazu aus, alle Rechte zu erhalten. Das sehe ich nicht so. Mit der Staatsbürgerschaft ist eine Loyalität verbunden, die die Bürger gegenüber dem Gemeinwesen üben müssen, Loyalität ist hierbei nicht zu verwechseln mit Unterwerfung. Loyalität beinhaltet auch die Verpflichtung zur Kritik. Die Bürger müssen die gemeinschaftliche Ordnung verteidigen, wenn es darauf ankommt und politische Entscheidungen nicht nur akzeptieren, sondern sie tragen. Nicht-Staatsbürger müssen das nicht.

Das bGE änderte im Verhältnis zu heute also gar nichts, wir erhielten im Zuge der Diskussion womöglich ein klares und eindeutiges Selbstverständnis davon, eine Gemeinschaft von Bürgern zu sein. Daran hapert es ziemlich bislang, es ist geradezu ein Demokratisierungsdefizit, das auch Folgen dafür hat, ob es ein Nicht-Staatsbürger für wünschenswert hält, Angehöriger, also Staatsbürger, unseres Gemeinwesens zu werden.

TV: Was sagen Sie zur derzeitigen »Wirt-

schaftskrise»? Ist es überhaupt eine Krise? Was könnte das BG jetzt bewirken?

LIEBERMANN: Es handelt sich vor allem um eine Sinnkrise, sie wäre wohl nicht entstanden, wenn wir klar vor Augen hätten, wozu der erwirtschaftete Wohlstand dienen soll. Geldvermehrung, nicht Vermehrung von Gütern und Diensten, ist zum Selbstzweck geworden, ohne dass damit die Schöpfung eines Wertes verbunden ist. Bedenkt man, dass ein bGE, hätten wir es schon gehabt, dazu geführt hätte, dass Kapital aus privaten Vorsorgeversicherungen nicht in den Kapitalmarkt geflossen, sondern von Bürgern in der Gegenwart investiert worden wäre, dann wären solche Spekulationsblasen womöglich gar nicht entstanden oder nicht in dem Umfang. Mit einem bGE hätten womöglich Mitarbeiter in Banken und Investmentgesellschaften sich geweigert, unseriöse Geschäfte zu machen. Eine Entlassung wäre durch die Absicherung, die ein bGE bietet, unproblematisch gewesen. Die Frage nach der Wirtschaftskrise ist also auch eine Frage danach, wozu all der Wohlstand dienen soll.

TV: Wie realistisch ist es, in den nächsten Jahren ein bGE einzuführen? Rechnen Sie damit?

LIEBERMANN: Es wird wohl noch eine Weile dauern, aber wir sind näher an einer Einführung als je zuvor, denn all die Probleme, die mit der verschärften Sozialpolitik gelöst werden sollten, sind ungelöst. Und diese Probleme bestehen nicht nur in Deutschland, sondern in vielen europäischen Staaten.

TV: Was brauchen wir dafür?

LIEBERMANN: Es verlangt ein Umdenken. Erst wenn wir von der Erwerbszentrierung unseres gesamten Sozialsystems abrücken, erst wenn wir also bereit sind, die Bürger um ihrer selbst willen anzuerkennen, werden wir den Schritt der Einführung ernsthaft in Angriff nehmen. Ob es tatsächlich so weit kommt, hängt auch vom Engagement der Bürger für ein bGE ab. Es gibt allerdings deutliche Anzeichen, dass die Diskussion sich nicht nur ausgeweitet, sondern auch verändert hat. Wenn sie heute einen Vortrag halten und danach

werden Einwände oder Fragen gestellt, ist meist jemand aus dem Publikum genauso in der Lage, diese Fragen zu beantworten. Das Publikum ist so gut informiert, dass von dort selbst Argumente mobilisiert werden können. Das war vor drei Jahren noch ganz anders.

TV: Wie sieht Ihr Menschenbild aus? Was macht den Menschen aus?

LIEBERMANN: Ich würde weniger von einem Menschenbild sprechen. Ich schaue, was die Menschen heute machen, wie sie

haben eine starke Neigung zu glauben, sinnerfüllend für andere könne nur etwas sein, das wir selbst als sinnerfüllend erfahren. Deswegen ist es Akademikern meist unvorstellbar, dass die Arbeit eines Mitarbeiters der Müllabfuhr oder der Reinigungskraft in Toiletten sinnerfüllend sein kann. Sie gelten als »Drecksarbeit« und wir fragen uns gar nicht, ob nicht kehrseitig diese Menschen das Verfassen von Reden, Artikeln und Büchern für bloßes Papierscheln halten. Erklären sie einmal einem Stahlkocher, weshalb Forschung und Lehre mit Studenten aufregend sein kann, er

Ohne Utopien keine Zukunft, wir kämen über die Gegenwart nicht hinaus.

leben, welche Fragen sie sich stellen. Daran kann ich erkennen, dass alle ihr Leben in die Hand nehmen wollen, dass sie ihm selbst eine Richtung geben wollen, nur wenigen gelingt das nicht und diejenigen suchen sich meist Hilfe oder Unterstützung. Die Lebensentwürfe sind sehr unterschiedlich, die Ambitionen ebenso; was dem einen erstrebenswert scheint, ist für den anderen bedeutungslos, was der eine für sinnerfüllend hält, findet der andere langweilig und dröge. Wir in Deutschland

wird dafür nicht das Verständnis aufbringen, das sie erwarten.

Heute müssen sie ihren Weg immer in Verbindung damit suchen, dass sie auch ein Einkommen erzielen können. Alle Tätigkeiten jenseits von Erwerbsarbeit sind ein schönes Hobby oder werden gerne in Sonntagsreden gelobt, aber im wirklichen Leben werden sie nicht anerkannt. Weder erwerben sie durch Erziehung ihrer Kinder Rentenversicherungsansprüche – wenn sie in einem Kindergarten arbeiten hingegen



Aktion in Berliner U-Bahnen



Finanzierung des Grundeinkommens

Zur Finanzierungsmöglichkeit gibt es mehrere Modelle, mit denen man sich auseinandersetzen kann. Nach Götz Werners Modell (siehe: www.unterschied-die-zukunft.de) sollte ein bGE mit der Umgestaltung unseres Steuerwesens und auch der Besteuerung einhergehen. Werners und Benediktus Hardorps (Veröffentlichung zu sehen unter: www.digbib.ubka.uni-karlsruhe.de/volltexte/1000008461) Modell nimmt von der Ertragsbesteuerung vollständig Abschied. Sie plädieren für die Umstellung auf eine Verbrauchssteuer (Konsumsteuer), die im Inland erhoben würde. Nicht der nominale Geldbesitz würde dabei besteuert, sondern seine Nutzung. Denn für unser Gemeinwesen ist nicht entscheidend, dass ein Bürger erhebliche Geldwerte besitzt, entscheidend ist, wozu er sie einsetzt. Eine solche Besteuerung prämierte Ressourcenschonung, denn hoher Verbrauch von Ressourcen ginge mit hohen Kosten durch Besteuerung einher. Dies würde schon bei der Erzeugung von Gütern, für die Ressourcen aufgewendet werden müssen, greifen. Schonende Ressourcennutzung würde hier zu Kosten- reduzierungen führen. Investitionen und Konsum würden nicht mehr gleichbehandelt. Nicht mehr Beiträge zur Wertschöpfung, also Investitionen, produktive Erwerbsarbeit, unternehmerische Innovationen, würden durch Besteuerung belastet, sondern der Konsum: Nicht die Schaffung von Werten würde besteuert, sondern ihr Verzehr. Die Umstellung auf eine Konsumsteuer und die Abschaffung anderer Steuerabschöpfungen hätte vielfache Konsequenzen. Der Wertschöpfungsprozess erführe eine enorme Entlastung im Vergleich zu heute. Ökonomisch führte die Konsumsteuer zu einer Entlastung des Exports und zu einer Belastung des Imports. Importwaren würden durch die Konsumsteuer genauso besteuert wie im Land erzeugte Güter. Der inländische Wertschöpfungsprozess würde damit gegenüber dem ausländischen Wertschöpfungsprozess nicht mehr so benachteiligt sein wie heute.

In Verbindung mit einem bGE führte die Konsumbesteuerung zu einer radikalen Reduktion der so genannten Lohnnebenkosten, denn das Grundeinkommen ersetzte gegenwärtige Transferleistungen vollständig. Das Grundeinkommen würde nicht über Sozialversicherungsbeiträge finanziert, sondern über die Konsumsteuer. Dies entlastete die Arbeitskosten der Unternehmen. Administrativ ermöglichte eine Konsumsteuer eine enorme Vereinfachung und den Abbau von Bürokratie. Auch die Mittel, die durch solche Einsparungen entstehen, stünden der Finanzierung des Grundeinkommens und anderer staatlicher Aufgaben zur Verfügung.

Um unterschiedliche Gütergruppen und Dienstleistungen unterschiedlich zu besteuern, so es denn gewünscht ist, bedürfte es einer

Staffelung der Konsumsteuer nach Güter- bzw. Dienstgruppen. Solche Güter, die dem täglichen Bedarf dienen, könnten niedriger besteuert werden als Luxusgüter. Auch hier gälte das Prinzip: wer mehr konsumiert, zahlt mehr. Die Absenkung der Einkommensteuer und das Anheben der Konsumsteuer im Gegenzug ist mit dem von Helmut Pelzer gemeinsam mit Ute Fischer (siehe Aufsatz unter: <http://www.uni-ulm.de/uni/fak/zawiw/buergergeld/vorschlag4.html>) ausgearbeiteten Transfergrenzenmodell möglich.

Zunächst jedoch müssten die Bürger sich darüber verständigen, wie hoch ein Grundeinkommen sein soll, weil wir erst dann kalkulieren können, wie hoch die Kosten sind, die dafür in Anschlag gebracht werden müssten. Wir können natürlich Berechnungen vornehmen, in denen Höhe und Ausgestaltung eines Grundeinkommens hypothetisch festgelegt werden. Allerdings stößt man dann auf eine weitere Einschränkung: Unter der Bedingung eines Grundeinkommens wird sich die Wertschöpfungsleistung Deutschlands stark verändern. Dem zugrunde liegen sowohl Veränderungen der Produktivität – hier kann man von Steigerung ausgehen, wegen des Abbaus von hemmenden Wirkungen auf Innovationen – sowie Veränderungen im Arbeitsangebotsverhalten und in der Arbeitsnachfrage. Dies hat Folgen für die Höhe der Einkommen aus Erwerbsarbeit und damit für eine der zentralen Quellen von Steuereinnahmen in der Gegenwart. Das Ausmaß dieser Veränderung kann nur vermutet werden. Hinzu kommen Veränderungen im Preisgefüge, in der Kaufkraft und in vielen anderen Bereichen, die wir noch gar nicht überblicken können. Aufgrund der sich verändernden Lebenseinstellungen und -ziele werden bestimmte Produkte nicht mehr, andere hingegen stärker nachgefragt. Bestimmte Dienstleistungen werden möglicherweise überflüssig, weil sie automatisiert werden können. Andere Dienstleistungen könnten aber auch teurer werden, weil sie eine neue Wertschätzung erfahren, so etwa im Pflegebereich, und weil Arbeitnehmer durch das Grundeinkommen Verhandlungsmacht hätten. Weiterhin könnte eine Nachfrage nach neuen bzw. bisher »schwarz« angebotenen Dienstleistungen entstehen, weil diese aufgrund sinkender Kosten und einer Legalisierung geringfügig entlohnter Leistungen attraktiver würden.

»Die Finanzierungsfrage muss in zwei Fragen unterschieden werden. Die eine zielt auf finanzwissenschaftlich-mathematische Simulationen, anhand derer die Kosten für eine Finanzierung erwogen werden sollen. Die andere hingegen zielt auf etwas anderes: die Bereitschaft der Bürger, einen Beitrag zu leisten. Sie ist die grundlegende Frage, weil sich an ihr entscheidet, ob unser Gemeinwesen überhaupt fortbestehen kann. Werden die Bedingungen besser, damit sich die Bürger entfalten können, dann werden die Werte entstehen, von denen wir wollen, dass sie entstehen. Die rechnerische Seite der Finanzierungsfrage ist demgegenüber nachrangig.« (Dr. Sascha Liebermann)

Quelle: Initiative Freiheit statt Vollbeschäftigung, www.freiheitstattvollbeschaeftigung.de/

schon –, noch für ehrenamtliches Engagement. Obwohl beides gleichermaßen unerlässlich ist, wie die Wertschöpfung durch Güter und Dienstleistungen, anerkennen wir sie nicht. Das bGE würde genau das tun, und das würde dem entsprechen, was die Menschen heute schon machen.

TV: Was ist, wenn die Menschen nicht mit der durch das bGE neu gewonnenen Freiheit umgehen können?

LIEBERMANN: Dann werden sie sich, ganz wie heute, Hilfe und Rat suchen. Mir scheint es aber vollkommen weltfremd, dass die Menschen damit nicht umgehen können sollten. Immer wenn es neuer Lösungen bedarf, haben wir sie früher oder später eingeführt, denken sie nur an die Demokratie und das allgemeine Wahlrecht. Es hieß dabei auch immer, das könne nicht gut gehen, es breche Chaos aus usw. Und heute? Wir sind uns gar nicht darüber im Klaren, wie sehr diese Zweifel der deutschen Seele entspringen, die immer dann verunsichert wird, wenn nicht alles durch Gesetze geregelt und abgesichert ist. Vor einigen Wochen war im Fernsehen eine Diskussionsrunde über Volksentscheide zu sehen. Diskutiert haben Gebhardt Kirchgässner, Professor an der Hochschule St. Gallen, Schweizer Staatsbürger, und drei deutsche Politiker. Norbert Geis von der CSU wehrte sich mit Händen und Füßen gegen Volksentscheide, nie und nimmer könne das in Deutschland funktionieren. Dabei hat er unterschlagen, dass es in Bayern seit fünf Jahren Bürgerentscheide gibt, es hat sich bewährt. Herr Kirchgässner wies auf die 120jährige Erfahrung der Schweiz hin, wie gut das funktioniere und wie sehr es die Demokratie stärke. Geis bestritt weiterhin, dass es funktionieren kann, er bestritt damit im Grunde die Existenz der Schweiz. Stellen Sie sich das einmal vor, in der Haltung eines deutschen Volkspädagogen wird den Bürgern eines anderen Landes attestiert, dass das, was sie praktizieren, gar nicht gehe. Kaiser Wilhelm lässt grüßen, der in uns weiterlebt, obwohl er schon lange abgedankt hat.

TV: Könnte man ein bGE auch in ganz Europa einführen?

LIEBERMANN: Die Idee kennt keine

Grenzen, insofern könnte es das bGE weltweit geben. Warum haben wir es dann noch nicht? Warum gibt es Länder, die noch keine funktionierende Demokratie haben? Offenbar bedarf es kultureller Voraussetzungen, damit eine Demokratie errichtet werden kann. Wir können wohl dasselbe über das bGE sagen. Schauen wir auf die europäischen Nachbarn, dann stellen wir fest, es gibt nur in zwei weiteren Ländern neben Deutschland überhaupt nennenswerte öffentliche Diskussionen, in

*Heute müssen Sie ihren Weg immer
in Verbindung damit suchen,
dass Sie auch ein Einkommen erzielen können.*

Österreich und der Schweiz. In Österreich gehen die Aktivitäten vor allem von der katholischen Sozialakademie aus, in der Schweiz von der Basler Initiative Grundeinkommen. Beide sind mit der deutschen Diskussion, ihrer Intensität und Vielfalt nicht zu vergleichen. Vielleicht hängt es in der Schweiz damit zusammen, dass ernsthafte Vorschläge erst debattiert werden, wenn es eine Volksinitiative gibt.

Wir sind also in der Situation, in Deutschland eine fortgeschrittene Diskussion zu haben, auch mit den Parteien, so dass es am wahrscheinlichsten ist, dass ein bGE in Deutschland eingeführt wird. In der Europäischen Union sind die Interessen und Problemlagen so unterschiedlich, ich kann mir nicht vorstellen, dass es dort früher möglich ist. Ein deutscher Alleingang kann also notwendig werden und er könnte eine Sogwirkung haben, denn in Westeuropa sind die Problemlagen sehr ähnlich.

TV: Gibt es Pilotversuche?

LIEBERMANN: Nicht mit dem bGE, über das wir hier sprechen. Es gibt seit Anfang 2008 ein Projekt in Namibia, das Basic Income Grant Pilot Project, es läuft Ende des Jahres wahrscheinlich aus. Die Erprobung findet in einer kleinen Kommune mit ungefähr 1000 Einwohnern statt. Man hört vor allem Positives von dort, ich kann die Entwicklung aber nicht beurteilen, da ich keine primären Daten zur Verfügung habe. Das BIG gibt es also nicht in ganz Namibia, es wird nur für

einen begrenzten Zeitraum gewährt, hat also auf die weitere Lebensplanung wahrscheinlich keine Auswirkungen, das Ende ist ja absehbar. Darüber hinaus muss man sehen, wer der Träger ist. Es ist die Evangelisch-Lutherische Kirche gemeinsam mit anderen Nicht-Regierungsorganisationen. Das BIG hat also in vielem den Charakter eines ‚von oben‘, mit deutschen Mitteln initiierten Entwicklungshilfeprojekts, es nahm nicht von den Bürgern seinen Ausgang. Wir wissen also nicht, welchen

Rückhalt es in Namibia hat, eher einen geringen sicher, sonst stünde seine Fortsetzung nicht in Frage.

Ich halte Pilotversuche in Deutschland nicht für hilfreich. Sie sollen in der Regel dazu dienen, Kritikern den Wind aus den Segeln zu nehmen. Diejenigen aber, die sich auf die Idee nicht einlassen, werden gegen

Artikel zum Thema in anderen Ausgaben:

TV 9: Prof. Dr. Bernd Senf – Fließendes Geld und Heilung des sozialen Organismus

TV 15: Prof. Bernhard Lietaer – Die Alchemie des Geldes

TV 18: Gernot-Jochum Müller – Tauschringe. Lokale Währungen und geldloser Tausch

TV 24: Marianne von Putten – Ein neuer Umgang mit Geld. Regionalwährungen

TV 27: Prof. Dr. Johannes Heinrichs – Die spirituelle Dimension der Demokratie

TV 28: Heidemarie Schwermer – Leben ohne Geld

TV 33: Naomi Becker – Die Freiheit zur Arbeit. Bericht vom Kongress zum Grundeinkommen

Weitere Artikel finden Sie über unserer Datenbank im Internet: www.tattva-viveka.de unter »Artikelsuche« in der Rubrik »Wirtschaft« oder über die Schlagwortsuche.



Anteil der Menschen, die auf die Frage, ob sie bei einem bedingungslosen Grundeinkommen noch arbeiten würden, mit Ja antworten: **90 %**

Anteil der Menschen, die auf die Frage, ob andere Menschen bei einem bedingungslosen Grundeinkommen noch arbeiten würden, mit Nein antworten: **80 %**

© initiativ-grundeinkommen.ch

die Pilotprojekte einwenden, dass es eben nur Pilotprojekte sind und man nicht sagen könne, was bei einer allgemeinen Einführung passieren würde. Die Ergebnisse eines solchen Projekts könnten tatsächlich nur begrenzte Aussagekraft haben. Warum also nicht gleich das bGE allgemein einführen? Es ist mittlerweile doch so, dass die Einwände gegen das bGE an dem Vorschlag selbst zerschellen, denn die Probleme, von denen behauptet wird, sie entstehen erst mit dem bGE, haben wir längst. Sie entstünden nicht durch das bGE, manche würden vielmehr einfach verschwinden, weil mit dem bGE sich der Blick auf sie verändert. Nehmen sie die Erwerbslosigkeit. Das eigentliche Problem ist doch nicht, dass die Menschen nicht wissen, was sie mit sich anfangen, was sie womöglich arbeiten sollen, sondern dass die Erwerbslosigkeit mit dem Verlust eines anerkannten legitimen Einkommens einhergeht. Weil Transferleistungen nur Notfalleinkommen sind, wirken sie stigmatisierend. Steht aber ein Einkommen zur Verfügung, so dass jeder aktiv werden kann, wie es mit dem bGE der Fall wäre, dann ist das Problem verschwunden. ‚Arbeitsplätze‘ würden dort sein, wo sich jemand engagiert. Jedes Einkommen, das zusätzlich zum bGE erzielt wird, käme oben drauf. Es würde nicht verrechnet.

TV: Was würden Sie selbst mit einem bGE arbeiten?

LIEBERMANN: Was ich auch heute mache und darüber hinaus hätte ich wieder mehr Zeit für andere Interessen, denn meines Engagements für das bGE bedürfte es nicht mehr. Auch wäre der Druck weg, den auch ich empfinde, langfristig im Arbeitsmarkt erfolgreich zu sein, um das Auskommen meiner Familie zu sichern. Führen sie sich einmal vor Augen: mit einem bGE pro Kopf wären Familien auf einfache Weise abgesichert, das wäre doch eine wirklich innovative und zeitgemäße Familienpolitik statt eines Elterngeldes, das Erwerbstätige belohnt.

TV: Gibt es nicht doch Menschen, die gewisse »Anreize« (ein viel gebrauchtes Wort in der Politik) brauchen, um nicht nur vor dem Fernseher zu sitzen? Was ist mit denjenigen, die sich total abgrenzen?

LIEBERMANN: Dazu hätten sie die Freiheit. Wer es für sinnerfüllend hält, den ganzen Tag Fernsehen zu schauen, könnte das tun. Übrigens, auch das ist kein Phänomen, das durch das bGE entsteht, wir haben es heute schon. Wer sich wirklich damit begnügt, würde aber im Unterschied zu heute auch das Stigma verlieren, von Transferleistungen zu leben. Mich wundert diese Frage immer, weil sie nur etwas feststellt und zum Problem erklärt. Es liegt doch viel näher zu fragen, weshalb jemand womöglich heute nur Fernsehen schaut.

Was ist da passiert in seinem Leben, das er sich damit begnügt, passiv vor der Röhre zu sitzen? Warum grenzt sich jemand so stark ab und will mit anderen nichts zu tun haben? Es besteht doch die Chance, dass mit einem bGE Menschen sich gar nicht mehr ausgeschlossen fühlen, weil sie tatsächlich durch das bGE so anerkannt werden, wie sie sind, ohne etwas Bestimmtes zu leisten. TV

Das Interview führte Naomi Becker.

Literatur zum Thema:

»Grundeinkommen«. Ein Filmessay Von Daniel Häni und Enno Schmid. Der Film kann online angesehen werden unter: www.kultkino.ch/kultkino/besonderes/grundeinkommen

Benediktus Hardorp (2008), Arbeit und Kapital als schöpferische Kräfte, Schriften des Interfakultativen Instituts für Entrepreneurship an der Universität Karlsruhe (TH) / Interfakultatives Institut für Entrepreneurship Bd. 16. Siehe auch www.hardorp-schriften.de

Götz W. Werner (2008), Einkommen für alle, Lübbe Taschenbuchausgabe

Götz W. Werner und André Presse (Hrsg.) (2007), Grundeinkommen und Konsumsteuer. Impulse für Unternimm die Zukunft, Universitätsverlag Karlsruhe

Arbeit und Freiheit im Widerspruch? Bedingungsloses Grundeinkommen – ein Modell im Meinungsstreit, Hrsg. von Hartmut Neuendorff, Gerd Peter, Frieder Otto Wolf, VSA-VerlagHamburg 2009.

Sascha Liebermann: Vielfältige Auswirkungen, eigenartige Hindernisse – das bedingungslose Grundeinkommen in der deutschen Diskussion (als PDF verfügbar)

Weitere Literatur unter:

www.freiheitstattvollbeschaeftigung.de hier kann man den Film kostenlos downloaden: <http://www.kultkino.ch/kultkino/besonderes/grundeinkommen>

Edition Manfred Kubny im Drachen Verlag

Manfred Kubny Feng Shui: Die Struktur der Welt

Geschichte und Konzepte der chinesischen Raumpsychologie



Feng Shui ist im Westen zwar in aller Munde, aber die Informationen, die uns bisher aus China oder über den Umweg amerikanischer Feng-Shui-Experten erreichen, sind äußerst dünn. Die bisherige Vermittlung von Feng Shui in den

Westen zielte auf eine leicht verständliche Anwendbarkeit von Methoden aus der chinesischen Geomantie.

Der Sinologe Manfred Kubny legt nun erstmals ein Buch vor, in dem er anhand chinesischer Urtexte die Geschichte des Feng Shui und die der chinesischen Raumpsychologie zugrundeliegende Philosophie umfassend darstellt.

344 Seiten, fest gebunden, Pappband
ISBN: 978-3-927369-34-4; 34,90 Euro

Horst Görtz Praxis der chinesischen Astrologie

Lehrbuch des Bazi Suanming mit vielen Anwendungsbeispielen



Im Gefolge der professionellen Anwendung von Feng Shui stößt auch die traditionelle chinesische Astrologie Bazi Suanming im Westen auf zunehmendes Interesse. Es ist eines der ältesten psychologischen Systeme der Welt. Über Zeit- und

Kulturgrenzen hinweg vermittelt es tiefe Einsichten in das Wesen der Persönlichkeit und ihrer individuellen Lebensaufgabe. Das Buch dient dem Interessierten als Leitfaden für die praktische Anwendung der chinesischen Schicksalsberechnung nach den acht Zeichen.

568 Seiten Fest gebunden, Pappband mit zahlreichen Tabellen und Diagrammen
ISBN: 978-3-927369-31-3; 68,00 Euro

Drachen Verlag GmbH
Am See 1, D-17440 Klein Jasedow
Telefon (038374) 75210, Fax 75223
mail@drachenverlag.de
www.drachenverlag.de



風水 FENG SHUI AKTUELL

Räume für Wohnen, Leben und Arbeiten

Themen:

- Feng Shui für Haus und Garten
- Chinesische Astrologie
- Geomantie
- Feng Shui - Methoden
- Chinesische Medizin
- Numerologie
- ... und vieles mehr



Feng Shui Aktuell als Abo 23,-€

(international 33,-€)

Feng Shui Aktuell erscheint 4x jährlich,
ca. alle 3 Monate

Im Bahnhofsbuchhandel und guten
Buchhandlungen erhältlich für 6,-€



Marianne Rattay
Telefon: 060 84 - 95 17 69
Fax: 0 12 12 - 691 98 29 66
E-Mail: info@fengshuiaktuell.de



www.fengshuiaktuell.de

Die Feuerschamanen – der Heilweg Babajis



Zu ihrer eigenen großen Überraschung bat Babaji Christa Falk, die Verlegerin des Ch. Falk-Verlags, die Erlebnisse niederzuschreiben und zu veröffentlichen, die sie vor vielen Jahren mit ihm hatte, als sie ihm in den Himalaya-Bergen begegnet war.

Es war nie ihre Absicht gewesen, ein Buch zu schreiben. Doch war seine Bitte dringlich, und so »sprang sie über ihren Schatten« und erzählt in diesem kleinen Buch, wie das damals war, als sie – noch am Anfang ihres spirituellen Weges – dieses ungewöhnliche Wesen erlebte, in dem die Inder ihren Gott Shiva – den Zerstörer und Erneuerer – erkannten.

Es ist tatsächlich eine Gnade, einem so Großen begegnen zu dürfen – Om Namaha Shivaya!

»Komm ...« Begegnung mit Babaji / von Christa Falk
ISBN 978-3-89568-210-0 / Pb. / 80 S. / € 14,40



Babaji, der in den frühen 80er Jahren seinen Körper verließ, wird zurück erwartet auf der Erde. In diesen Zeiten der Transformation ruft Babaji mit diesem Buch, das er der Obhut von Rana Shaubhavati anvertraute, seine Helfer und Schüler zu sich – die Feuerschamanen. Sie sind in allen Kulturen

und Ländern zu finden. Dieser Aufruf offenbart ein Welt und Zeiten umspannendes Werk im Dienste des Göttlichen. Auch wenn man selbst kein Feuerschamane ist, sind die Informationen in diesem Buch außerordentlich interessant, und unvergleichlich ist die Berührung mit der starken authentischen Schwingung des Feuers selbst – mit der Wahrheit – mit Babaji.

Die Feuerschamanen – der Heilweg Babajis
ISBN 978-3-89568-120-2 / gebunden / 125 S. / € 15,50

ch. falk-verlag · Ischl 11 · 83370 Seecen
Telefon 08667-1413 · Fax 08667-1417
email@chfalk-verlag.de · www.chfalk-verlag.de